



Health & Consumer Voice

März 2005

IN DIESER AUSGABE

- Start einer neuen EU-Kampagne gegen das Rauchen _____ 1
„HELP: Für ein Leben ohne Tabak“ ist der neue EU-Slogan zur Förderung eines nikotinfreien Lebensstils unter jungen Leuten.
- Kommissar Kyprianou verspricht Maßnahmen angesichts der steigenden Zahl übergewichtiger Kinder _____ 2
Kommissar Kyprianou hat versprochen, zur Bekämpfung der Übergewichts-Epidemie mit der Industrie und Verbraucherguppen, Gesundheitsexperten und Politikern zusammenzuarbeiten.
- Kommissar Kyprianou weist darauf hin, dass einige Lebensmittelverarbeiter innerhalb der EU möglicherweise immer noch den verbotenen Farbstoff „Sudan I“ verwenden _____ 2
Ab dem 18. Februar 2005 wurde im Vereinigten Königreich eine große Rückrufaktion eingeleitet, nachdem Sudan I in einem Chillipulver nachgewiesen wurde.
- EU weitet Fluggastrechte aus _____ 3
Ein neues Gesetz sieht höhere Entschädigungssummen für Fluggäste bei Überbuchung, annullierten oder verspäteten Flügen vor.
- EU und USA verstärken ihre Zusammenarbeit im Bereich Produktsicherheit _____ 3
Der Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz bei der Europäischen Kommission trifft mit US-Regierungsvertretern zusammen, um mit ihnen gemeinsame Initiativen im Bereich der Produktsicherheit zu vereinbaren.
- Kommissar Kyprianou befasst sich in Moskau mit Ausfuhrbescheinigungen und HIV/AIDS _____ 4
Kommissar Kyprianou besucht Russland, um den Handel mit pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu erleichtern und Gesundheitsgefahren zu erörtern.
- EU-Bestimmungen treten erst ein Jahr später in Kraft _____ 4
Minister der 25 Mitgliedstaaten haben sich auf den Kompromiss geeinigt, die neuen Einfuhranforderungen zur Verwendung von entzündetem Holz in Verpackungsmaterialien auf März 2006 zu verschieben.
- EU stellt neues Export-Helpdesk ins Netz _____ 4
- Online-Befragung über die zukünftige Verwendung von Pestiziden in Europa _____ 4

Start einer neuen EU-Kampagne gegen das Rauchen

„HELP: Für ein Leben ohne Tabak“ ist der neue EU-Slogan zur Förderung eines nikotinfreien Lebensstils unter jungen Leuten.

Die Europäische Kommission stellt für einen Zeitraum von vier Jahren 72 Millionen Euro für ihre neue Anti-Tabak-Kampagne zur Verfügung, die sich hauptsächlich an Jugendliche und junge Erwachsene (im Alter von 15 bis 30 Jahren) richtet.

„Jedes Jahr kosten durch das Rauchen verursachte Krankheiten die EU-Mitgliedstaaten 100 Milliarden Euro und verursachen 650 000 Todesfälle. Präventions- und Informationskampagnen wie unsere sind eine Investition in eine gesündere, bessere Zukunft für unsere Bürger“, sagte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar Markos Kyprianou. „Ich möchte einen grundlegenden Wandel unserer Gesellschaft erleben: Nichtrauchen soll zur Norm werden, Rauchen immer mehr zu einer Randerscheinung. Wenn alle EU-Mitgliedstaaten dem Beispiel Irlands, Italiens und Maltas folgen und das Rauchen in öffentlichen Bereichen verbieten würden, wären wir bereits ein großes Stück weiter“, fügte er hinzu.

Das Logo der Kampagne „HELP: Für ein Leben ohne Tabak“ beinhaltet drei zentrale Botschaften: gar nicht erst mit dem Rauchen beginnen; Aufhören ist möglich; auch Passivrauchen ist gefährlich. Diese

Botschaften werden ab Ende Mai in allen 25 EU-Mitgliedstaaten über die Fernseh- und Kinowerbung verbreitet. Es wird auch eine PR-Tour durch die Hauptstädte mit einem riesigen, aufblasbaren Objekt geben, wobei mit Unterstützung von lokalen Gesundheitsschutzstellen und NRO Veranstaltungen organisiert werden.

Die neue Kampagne wurde im Auftrag der Europäischen Kommission von einem Konsortium aus Gesundheitsexperten und



Medienunternehmen gestaltet. Die Botschaften und die Fernsehwerbung wurden in allen Mitgliedstaaten gründlich getestet, um bei der Zielgruppe ein Höchstmaß an Wirkung zu erzielen. „Auf glaubwürdige Art und Weise mit jungen Leuten zu reden, ist eine wirkliche Herausforderung“, so Kommissar Markos Kyprianou.

„HELP“ ist die zweite EU-weite Kampagne der Kommission gegen das Rauchen. Sie baut auf den Erfahrungen aus der ersten Kampagne „Feel Free to Say No“ auf, die in den Jahren 2002-2004 über eine Milliarde junger Menschen in der gesamten EU erreichte.

Weitere Informationen: <http://www.help-eu.com>

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/tobacco_de.htm

Kommissar Kyprianou verspricht Maßnahmen angesichts der steigenden Zahl übergewichtiger Kinder

Kommissar Kyprianou hat versprochen, zur Bekämpfung der Übergewichts-Epidemie mit der Industrie und Verbraucherguppen, Gesundheitsexperten und Politikern zusammenzuarbeiten.

Im März ist der offizielle Start der „EU-Plattform für Maßnahmen im Zusammenhang mit Ernährung, körperlicher Aktivität und Gesundheit“. Die Einrichtung der Plattform folgt nun nach monatelangen Beratungen zwischen der Kommission und den Hauptakteuren - der Nahrungsmittelindustrie, dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe, der Werbebranche, Verbraucherorganisationen, nichtstaatlichen Gesundheitsorganisationen und staatlichen Gesundheitsexperten - wie die Übergewichts-Epidemie am besten anzugehen sei.

Ein Informationspapier, das der Plattform von der International Obesity Task Force (IOTF) vorgelegt wurde, macht deutlich, dass die Anzahl der übergewichtigen

oder fettleibigen Schulkinder in Europa jährlich um etwa 400 000 ansteigt. Fettleibigkeit ist ein Risikofaktor für zahlreiche Krankheiten, einschließlich Herzkrankheiten, Diabetes und bestimmter Krebsformen.



„Fettleibigkeit breitet sich rasch aus und Europas zunehmendes Gewichtsproblem bringt verheerende Folgen für die öffentliche Gesundheit und enorme wirtschaftli-

che Kosten mit sich. Insbesondere die weiter steigende Rate von Übergewicht und Fettleibigkeit bei Schulkindern macht mir Sorge“, sagte Kommissar Kyprianou. „Die Industrie, die Zivilgesellschaft und die Regierungen müssen zusammenarbeiten, um der zunehmenden Fettleibigkeit unserer Kinder entgegenzuwirken“.

Kommissar Kyprianou führte weiter aus: „Die Plattform wird freiwillige Maßnahmen seiner Mitglieder erwägen, um das Problem der Fettleibigkeit anzugehen. Ich hoffe, dass 2006 die ersten Initiativen angenommen werden und sie von praktischem Nutzen sein werden. Entscheidend ist, ob der heute von uns eingeleitete Prozess der Zusammenarbeit zu Ergebnissen führen kann“.

Mehr dazu:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm

Kommissar Kyprianou weist darauf hin, dass einige Lebensmittelverarbeiter innerhalb der EU möglicherweise immer noch den verbotenen Farbstoff „Sudan I“ verwenden

Ab dem 18. Februar 2005 wurde im Vereinigten Königreich eine große Rückrufaktion eingeleitet, nachdem Sudan I in einem Chilipulver nachgewiesen wurde.

Der Farbstoff wurde zur Herstellung von Worcestersauce verwendet, die anschließend als Inhaltsstoff in zahlreichen weiterverarbeiteten Erzeugnissen eingesetzt wurde. Das Chilipulver wurde 2002 aus Indien eingeführt. Gemäß dem EU-Recht teilte die Food Standards Agency des Vereinigten Königreichs dem Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) am 18. Februar mit, dass alle Mitgliedstaaten vollständig zu unterrichten seien, um sicherzustellen, dass die betroffenen Mitgliedstaaten entsprechende Maßnahmen ergreifen können.

Auf Verlangen der Europäischen Kommission kamen am 24. und 25. Februar Experten für Kontaminanten landwirtschaftlichen Ursprungs zusammen, um die Kontamination von Lebensmitteln

durch Sudan I zu erörtern, bei dem es sich um einen krebserregenden, chemischen Farbstoff handelt. Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen auf der Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Informationen. Stehen neue Informationen bezüglich des Umfangs und Ausmaßes der Kontamination zur Verfügung, wird erneut eine Sitzung einberufen.

Seit Juni 2003 erlaubt die EU nur Einführen von bereits getesteten Chilierzugnissen, die nachweislich frei von Verunreinigungen durch den Farbstoff Sudan I sind. Zudem sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Kontrollen der auf dem Markt befindlichen Erzeugnisse durchzuführen. Dieses System hat seinen Wert unter Beweis gestellt: Seit seiner Einführung wurden einige Hundert kontaminierte Erzeugnisse auf dem Markt oder an den Grenzen ausfindig gemacht und daraufhin zurückgerufen oder vernichtet.

Das RASFF hat dafür gesorgt, dass alle

Mitgliedstaaten in Echtzeit über diese Ergebnisse informiert werden und die Untersuchungen in ihrem Hoheitsgebiet erforderlichenfalls ausdehnen können.

Kommissar Kyprianou sagte: „Ich bin besorgt darüber, dass alte Chilibestände aus der Zeit vor Juni 2003 offensichtlich immer noch von Lebensmittel verarbeitenden Betrieben verwendet werden. Deshalb bedauere ich, dass mehr als 18 Monate nach der ersten Entscheidung der Kommission zur Einrichtung eines Kontrollsystems, einige Industrieunternehmen ihrer Verpflichtung zur Beseitigung ihrer Rohmaterialbestände noch nicht nachgekommen sind, obwohl wir sie an ihre Pflichten erinnert haben. Sollten sie sich nicht danach richten, liegt es bei den Mitgliedstaaten, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, damit sie ihren Pflichten nachkommen.“

Mehr dazu:

http://europa.eu.int/comm/food/food_chemicalsafety/fraudulent/index_en.htm

EU weitet Fluggastrechte aus

Ein neues Gesetz sieht höhere Entschädigungssummen für Fluggäste bei Überbuchung, annullierten und verspäteten Flügen vor.

Die neue Verordnung, die am 17. Februar in Kraft getreten ist, führt zu einer spürbaren Verbesserung der Fluggastrechte in der Europäischen Union. Sie dient dazu, die Häufigkeit von Überbuchungen zu reduzieren und Passagiere können bei Nichtbeförderung Schadenersatz bis zu 600 Euro fordern.

Die Rechtsvorschriften umfassen die Möglichkeit der Entschädigung, einschließlich des Rechts auf Erstattung oder Umbuchung im Falle kurzfristiger Annullierungen und stark verspäteter Flüge, für die das Luftfahrtunternehmen verantwortlich gemacht werden kann. Dies gilt für alle Flüge, auch Charterflüge, europäischer Luftfahrtunternehmen von oder nach einem europäischen Flughafen sowie für alle Flüge ab der Europäischen Union. Alle Luftfahrtunternehmen, auch Billi-

ganbieter, sind davon betroffen. Die neue Verordnung sieht vor, dass jeder Mitgliedstaat eine unabhängige Stelle mit der Bearbeitung von Fluggastbeschwerden und Streitigkeiten zwischen Fluggästen und Luftfahrtunternehmen betraut, so dass langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren vermieden werden können.

Außerdem hat die Europäische Kommission einen Entwurf für eine Verordnung angenommen, die Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen gleichberechtigten Zugang zum Luftverkehr gewährleistet. Zudem schlägt sie vor, Fluggästen das Recht zu garantieren, über die Identität des den Flug durchführenden Luftfahrtunternehmens in Kenntnis gesetzt zu werden und ihnen zu versichern, dass sämtliche sicherheitsrelevanten Informationen rasch zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden.

Mehr dazu:
http://europa.eu.int/comm/transport/air/rights/info_en.htm

EU und USA verstärken ihre Zusammenarbeit im Bereich Produktsicherheit

Robert Madelin, Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz bei der Europäischen Kommission, traf am 23. Februar mit US-Regierungssprechern in Orlando, Florida, zusammen, um die Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU im Bereich der Produktsicherheit zu verstärken. Sie einigten sich auf einen regelmäßigen Informationsaustausch und die Schaffung einer Reihe gemeinsamer Initiativen zur Förderung des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes.

Gegenstand der Gespräche war insbesondere die Durchführung der überarbeiteten EU-Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit. Die Regulierungsstellen der EU und der USA stehen in diesem Bereich vor ähnlichen Herausforderungen. Sowohl US-amerikanische als auch europäische Verbraucher erwarten einen hohen Grad an Schutz und haben häufig ähnliche Sicherheitsbedenken. Viele Produkte werden sowohl auf US- als auch auf EU-Märkten verkauft, so dass ein gefährliches Produkt, das auf einem



Foto: Robert Madelin und Hal Stratton, Vorsitzender der US-amerikanischen Kommission für Produktsicherheit bei Verbrauchsgütern

Markt ausgemacht wurde, ebenso auch auf dem jeweils anderen im Umlauf sein kann. Der Austausch von Informationen über Produktrückrufe, neu aufkommende Themen im Bereich Verbraucher- und Gesundheitsschutz und über Normungstätigkeiten wird beiden Seiten helfen, die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zu erhöhen.

Mehr dazu:
http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/index_de.htm



Neues in Kürze

Grünes Licht vom Europäischen Parlament für das Gesetz gegen unlautere Geschäftemacher

Am 24. Februar signalisierte das Europäische Parlament seine Zustimmung zur Richtlinie über das Verbot unlauterer Geschäftspraktiken, so dass es nun leichter für Verbraucher ist, ihre Rechte gegenüber irreführenden und aggressiven Verkaufspraktiken innerhalb der EU einzufordern. Der Text dürfte vom Rat in nächster Zeit formell verabschiedet werden und sollte ab 2007 EU-weit gelten.

Mehr dazu: http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/index_de.htm

Kommission nimmt neuen Drogenaktionsplan für 2005-2008 an

Im Zeichen der EU-Drogenstrategie (2005-2012), die vom Europäischen Rat im Dezember 2004 gebilligt wurde, verabschiedete die Europäische Kommission am 17. Februar einen EU-Drogenaktionsplan für den Zeitraum 2005-2008.

Mehr dazu: http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/drug_de.htm

Anti-Tabak-Konvention der WHO tritt in Kraft

Das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) trat am 27. Februar in Kraft. Als erstes internationales Gesundheitsübereinkommen überhaupt, verpflichtet das FCTC Länder weltweit dazu, zur Verringerung der durch das Rauchen verursachten Todes- und Krankheitsrate beizutragen.

Direktorin des ECDC nimmt ihre Tätigkeit auf

Frau Zsuzsanna Jakab hat ihr Amt als Direktorin des neuen Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) am 1. März angetreten. Sie hat nun mit der Einstellung von Personal für das ECDC begonnen, das im Mai 2005 seine Arbeit aufnehmen wird. Die ersten zu besetzenden Stellen wurden bereits auf der Website der Europäischen Kommission für Öffentliche Gesundheit veröffentlicht.

Mehr dazu: http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/ecdc/ecdc_en.htm

Zweites Regionaltreffen von FAO und OIE zum Thema Geflügelpest

Vom 23-25 Februar fand in Vietnam ein Gemeinschaftstreffen der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und dem Internationalen Tierseuchenamt (OIE) in Zusammenarbeit mit der WHO und der EU statt, um die derzeitige Seuchengefahr der Geflügelpest in Asien zu erörtern.

EK genehmigt sieben neue BSE-Tests

Am 16. Februar genehmigte die Europäische Kommission sieben neue BSE-Schnelltests, so dass sich die Gesamtzahl der Tests für den Nachweis von BSE nun auf zwölf beläuft. Bei den sieben neuen Tests handelt es sich um: CediTect BSE test, Enfer TSE Kit version 2.0, IDEXX HerdChek BSE Antigen Test Kit (EIA), Institut Pourquier Speed'it BSE, Prionics Check PrioS-TRIP, Roboscreen Beta Prion BSE EIA Test Kit und Roche Applied Science PrionScreen.

Mehr dazu: http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/bse/index_en.htm

Kommissar Kyprianou befasst sich in Moskau mit Ausfuhrbescheinigungen und HIV/AIDS

Kommissar Kyprianou besuchte als erstes Mitglied der Barroso-Kommission Russland. Er traf mit dem russischen Landwirtschaftsminister, Aleksey Vasilyevich Gordeev, und dem Leiter des russischen Veterinär- und Pflanzenschutzdienstes, Sergei Dankvert, zusammen, um Russlands Forderungen nach einem harmonisierten EU-Pflanzengesundheitszeugnis für die Ausfuhr von Pflanzen zu erörtern. Russland hat angedroht, EU-Pflanzenexporte ab dem 1. April 2005 zu blockieren, wenn nicht ein EU-Gesundheitszeugnis eingeführt wird, das die individuellen Gesundheitszeugnisse der einzelnen Mitgliedstaaten ersetzt. 2004 brachte Russland dieselbe Forderung für die Ausfuhr von Fleisch vor.

Minister Gordeev erklärte sich einverstanden, der EU gegebenenfalls eine Übergangszeit zur Einführung eines neuen Systems für Pflanzengesundheitszeugnisse zuzugestehen, solange man sich bis zum 1. April über die Form einigt. Der Kommissar ging auch auf das Thema der russischen Einfuhrverbote für Pflanzen aus bestimm-

ten Mitgliedstaaten ein, er erhoffe deren baldmögliche Aufhebung. Zudem sprach er sich für weitere bilaterale Verhandlungen zur Lösung dieser Probleme aus.

Anschließend sammelte Herr Kyprianou Reaktionen der russischen Behörden bezüglich ihres Eindrucks über die neuen, EU-weit einheitlichen Veterinärzeugnisse für nach Russland ausgeführte Tiere und tierische Erzeugnisse. Die neuen Veterinärzeugnisse wurden am 1. Januar diesen Jahres entsprechend den Forderungen Russlands und einer im letzten September zwischen der EU und Russland getroffenen Vereinbarung eingeführt. Einige Mitgliedstaaten sind jedoch bei der Verwendung dieses Systems auf Probleme gestoßen und der Kommissar forderte zur Klärung des Rahmens und der Anforderungen der Veterinärzeugnisse die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Er bat auch um die Beschleunigung des Prozesses der Anerkennung von Molkereien und Fleischbetrieben in den neuen Mitgliedstaaten durch Russland, da sich einige neue Mitgliedstaaten darüber beschwerten, dass der Prozess zu

einem Hindernis für ihre Ausfuhr nach Russland werde.

Während seines Aufenthalts in Moskau traf Kommissar Kyprianou auch mit dem russischen Gesundheitsminister Mikhail Zurabov zusammen, um über Gesundheitsgefahren, die sowohl die EU als auch Russland betreffen, und über die gemeinsame Zusammenarbeit bei deren Bewältigung zu sprechen. Er betonte die Bedeutung des Austausches von Informationen und vorbildlichen Verfahren, insbesondere hinsichtlich übertragbarer Krankheiten. HIV/AIDS war eines der zentralen Themen der Gespräche, da es sich dabei sowohl in der EU als auch in Russland um ein Problem mit zunehmender Tragweite handelt. In Russland sind nahezu eine Million Menschen mit HIV infiziert, 80% der Betroffenen sind unter dreißig Jahre alt. Seit 1996 hat sich die Zahl der gemeldeten HIV-Neuinfektionen innerhalb der EU verdoppelt, wobei der höchste Anstieg in den baltischen Staaten zu verzeichnen ist.

EU-Bestimmungen treten erst ein Jahr später in Kraft

Am 28. Februar haben sich die Minister der 25 Mitgliedstaaten darauf verständigt, die neuen Einfuhranforderungen für Verpackungsmaterialien aus Holz anzupassen, die am 1. März 2005 in Kraft treten.

Die neuen Anforderungen entsprechen dem internationalen ISPM 15 Standard der FAO und sehen Hitzebehandlung und Begasung von Holz, aber auch die Verwendung von entrindetem Holz in Verpackungsmaterialien vor.

Die Anforderung des Entrindens geht über den internationalen Standard hinaus,

damit die EU besser vor Pflanzenseuchen und -krankheiten geschützt ist. Wichtige Handelspartner der EU jedoch, darunter auch die Vereinigten Staaten, machten deutlich, dass diese Anforderung ein Problem für deren Handel mit einer Vielzahl von Waren darstellt, die mit Holzmaterialien verpackt werden.

Nach der von der Kommission ausgehandelten Vereinbarung tritt die Anforderung der Entrindung erst am 1. März 2006 in Kraft, so dass EU-Handelspartnern Zeit zur Anpassung und für weitere technische Erörterungen bleibt.

EU stellt neues Export-Helpdesk ins Netz

Die verbesserte Version des von der Europäischen Kommission eingerichteten „Helpdesk für Ausfuhrförderung“ soll Ausfuhrern in Entwicklungsländern den Zugang zu Informationen über EU-Märkte ermöglichen. Der Service umfasst neue Bereiche, wie beispielsweise EU-Handelsstatistiken und einen virtuellen „Marktplatz“, so dass die Händler untereinander Kontakte knüpfen können. Ab sofort steht dieser Service in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch zur Verfügung.

Die Bandbreite an Informationen, die das Helpdesk zur Verfügung stellt, wird in der ersten Hälfte des Jahres noch erweitert. Nutzer des Helpdesks werden aufgefordert, Vorschläge für weitere, ihrer Meinung nach nützliche Informationen zu machen, so dass diese hinzugefügt werden können und somit die Bedürfnisse der Nutzer stärker berücksichtigt werden (E-Mail-Adresse: export-help@cec.eu.int).

Mehr dazu:
<http://export-help.cec.eu.int>



Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Ivona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm



Online-Befragung über die zukünftige Verwendung von Pestiziden in Europa

Die Europäische Kommission hat eine Online-Befragung ins Netz gestellt, um der Industrie, Landwirten und weiteren interessierten Gruppen die Möglichkeit zu geben, ihren Beitrag zur Neufassung der EU-Richtlinie über Pestizide zu leisten. Die Konsultation ist vom 10. März bis zum 10. Mai 2005 über folgende Website zugänglich:

<http://europa.eu.int/yourvoice/forms/dispatch?form=392&lang=DE>